

Fette Pension für Manager von Skylink

- Domany soll 7.825 Euro/Monat cashen
- Er selbst sagt: „Zusage erst ab 60“

Ex-Flughafenvorstand Domany musste wegen des Skylink-Debakels gehen. Ihm winkt aber eine saftige Firmenpension vom Aiport.

Der Vertrag des im Februar wegen der Skylink-Affäre abgelösten Ex-Flughafenvorstands Christian Domany ist mit Ende September offiziell ausgelaufen. Mit seinen Gehaltsbezügen ist daher jetzt Schluss – seine Firmenpension kann sich allerdings auch sehen lassen. Domany erhalte ab sofort monatlich 7.825 Euro Pension, berichtet das *Wirtschaftsblatt*. Der 57-Jährige trete mit 37 Prozent seines Letztgehalts von 253.800 Euro jährlich (ohne Prämien und Sachbezüge) in den Ruhestand.

Dementi. Domany selbst bestreitet, bereits jetzt eine Pension vom Flughafen zu kassieren. „Ich beziehe keine Pension ab dem 1. Oktober, ich habe eine Alterspensionszusage am dem vollendeten 60. Lebens-

jahr“, erklärte Domany gestern. Sein Anwalt Meinhard Novak gegenüber ÖSTERREICH: „Auch die genannte Summe von 7.825 Euro ist zu hoch gegriffen.“

Teurer Dienstwagen. Domany wird die Hauptschuld an der Kostenexplosion für den Bau des Skylink-Terminals (von ursprünglich veranschlagten 400 Mio. auf 840 Mio.) angelastet. Im Februar musste er gehen – erhielt aber bis vorgestern seine vollen Bezüge weiter und konnte auch seinen Dienstwagen – einen rund 100.000 Euro teuren R-Klasse Mercedes – weiter nutzen. Gerüchte, dass Domany das Fahrzeug nun auskaufe, weist Anwalt Novak zurück: „Domany hat den Wagen zurückgegeben.“

Streit um Abfertigung. Gestritten wird mit dem Flughafen Wien noch um die übliche Abfertigung in Höhe von drei Monatsgehältern. „Sollte sie nicht ge-



Hausler, Kernmayer

Ex-Flughafenvorstand Christian Domany will Abfertigung.

zahlt werden, klagt Domany“, sagt sein Anwalt. Es geht um eine Summe von knapp 60.000 Euro. Der Flughafen will offenbar noch das Ergebnis eines Gutachtens abwarten. Das will Domany aber nicht akzeptieren. Unklar ist auch, ob der Ex-Vorstand für 2008 noch eine Erfolgsprämie bekommen wird – dem Vernehmen nach will der Aufsichtsrat das verhindern.